



Kein unfairer Rückfall hinter Verhandeltes: BäumePlus-Gesetz beschlussreif, Entscheidung von CDU und SPD am 09.10.25 erwartet

Berlin, 26. September 2025 – Letzte inhaltliche Unklarheiten konnte der Volksentscheid Baum zur anstehenden Entscheidung des Abgeordnetenhauses zum BäumePlus-Gesetz ausräumen. Im Rahmen der juristischen Zulässigkeitsprüfung des BäumePlus-Gesetzes konnten die Themen ‘Kontrollrat Klimaanpassung’ und ‘Verkehrssicherungspflichten’ bereits im Frühsommer mit der Innenverwaltung einvernehmlich geklärt werden. CDU und SPD stellen diese nun erneut infrage – trotz rechtssicherer Formulierungen und politischer Verständigung. Die Initiative appelliert an die Regierungsfractionen, den konstruktiven Prozess nicht zu gefährden und den gemeinsamen Weg zu einem parteiübergreifenden Beschluss am 09.10.2025 fortzusetzen.

Bereits im Juni standen im Rahmen der juristischen Zulässigkeitsprüfung des BäumePlus-Gesetzes zwei Punkte im Fokus: der geplante Kontrollrat für Klimaanpassung und die Regelung der Verkehrssicherungspflichten bei Pflanzrechten für Bürger:innen. Für beide wurde seitenweise juristische Prosa verfasst, was eher politische Unerwünschtheit als juristische Unzulässigkeit vermuten ließ – denn für viele andere Bereiche gab es einfache, konstruktive Vorschläge, hier jedoch nicht.

Nina Skrobanek, Leiterin Gesetzesentwicklung Volksentscheid Baum: “Die juristische Argumentation hinterließ den Eindruck, dass hier etwas politisch unerwünscht war, obwohl nur auf rechtliche Zulässigkeit geprüft werden darf.”

Erfreulicherweise und nach anfänglichen Zweifeln der Innenverwaltung konnten beide Themen in konstruktiven Gesprächen vollständig geklärt werden – auf Basis klarer juristischer Formulierungen. Die Initiative übernahm beim Kontrollrat wörtlich die Formulierungen aus dem Bundes-Klimaanpassungsgesetz zum “Expertenrat Klima” – ein Kompromiss, der sowohl fachlich tragfähig als auch verfassungsrechtlich abgesichert ist. Für die Verkehrssicherungspflichten wurden die Zuständigkeiten zwischen Bürger:innen und Bezirken im Frühsommer ebenfalls rechtssicher präzisiert.

Heinrich Strößenreuther, Co-Initiator des BaumEntscheid: “Dass dieses Thema erneut hoch kommt, lässt entweder mangelnde Zuarbeit der Team ms rund um die CDU- und SPD-Fraktionsvorsitzenden vermuten oder den erneuten Versuch der Einflussnahme gegen politisch ungeliebte Instrumente: Es sollte jetzt keinen Rückfall hinter bereits einvernehmlich geklärte Fragen geben.”

Die Initiative erinnert die Regierungsfractionen daran, dass die gefundenen Formulierungen bereits im Rahmen der offiziellen Zulässigkeitsprüfung mit der Senatsinnenverwaltung abgestimmt wurden. Eine erneute Infragestellung dieser juristisch geklärten Paragraphen wäre ein Bruch des konstruktiven Prozesses. CDU und SPD sind nun gefordert, die vereinbarten Regelungen zu respektieren – im Sinne eines fairen Gesetzgebungsverfahrens.

Christiane Heiss, Politik- und Verwaltungsteam BaumEntscheid: “Wir sind froh, dass wir schon im Frühsommer hinter den Kulissen die Vorbehalte durch verfassungs- und rechtssichere Formulierungen heilen konnten und erwarten nun, einer parteiübergreifenden Beschlussfassung des BäumePlus-Gesetzes am 09.10.25 nicht mehr im Wege zu stehen.”

Hintergrund zum weiteren Entscheidungsprozess für das BäumePlus-Gesetz:



Die Initiative BaumEntscheid hat das BäumePlus-Gesetz erstmals im Frühjahr 2024 veröffentlicht und final im Juni 2025 der Senatsverwaltung für Inneres übergeben. Nach der negativen Senatsempfehlung startete am 3. Juli 2025 die viermonatige Frist für das Abgeordnetenhaus, über den Gesetzesentwurf zu entscheiden.

Wird der Gesetzesentwurf bis zum 03.11.25 nicht vom Abgeordnetenhaus beschlossen, folgt ab Dezember die zweite Unterschriftensammlung für das Volksbegehren. Alle Berliner Wahlberechtigten sollen am 20.09.26, und damit zeitgleich zur Wahl des Abgeordnetenhauses, per Volksentscheid abstimmen. Aufgrund der derzeitigen Umfragewerte mit 81% Rückhalt wird das Gesetz höchstwahrscheinlich angenommen und in Kraft gesetzt werden.

Ein Volksbegehren und Volksentscheid können gem. §18 Abstimmungsgesetz nur dann abgewendet werden, wenn das Abgeordnetenhaus das Gesetz inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand innerhalb von vier Monaten ab der Mitteilung des Senats an das Abgeordnetenhaus beschließt. Wird das BäumePlus-Gesetz nach Einschätzung der Initiative bewusst zu sehr verwässert, bleibt nur der Gang zur Klage vor dem Landesverfassungsgericht.

Anders als von CDU und SPD behauptet, ist der Kontrollrat Klimaanpassung ist ein reines Monitoring-Gremium ohne Entscheidungsbefugnisse – vergleichbar mit dem Landesrechnungshof. Er soll regelmäßig über Fortschritte bei Klimaanpassungszielen berichten. Da Ministerstrafrecht oder Amtshaftung bei Missachtung gesetzlicher Vorschriften wie etwa beim Mobilitäts- oder Klimagesetz im deutschen Recht nicht vorgesehen sind, verbleibt nur der öffentliche Druck durch die Rechenschaftspflichten eines unabhängigen externen Dritten. Bei dem für die Zukunft Berlin wichtigem Klimaanpassungsgesetz ist dieser Mechanismus als Kern moderner Politikplanungs- und Transformationsgesetz unabdingbar.

Einer Beschlussfassung am 09.10.2025 steht nun nichts mehr im Wege, nach dem es Konsens bei den Finanzen und bei den letzten offenen Punkten Kontrollrat und Verkehrssicherungspflichten gibt.

Kontakt:

BaumEntscheid Berlin – Pressestelle, Heinrich Strößenreuther, 0160-97442395,
presse@baumentscheid.de / presse@clevere-staedte.de

Quellen und weiterführende Links:

- Mehr Informationen über den BaumEntscheid: <https://www.baumentscheid.de>
- Link zur Videoaufzeichnung der Anhörung: <https://www.youtube.com/watch?v=-HSwF77vhhY>
- Auszug aus der Kommunikation mit der Senatsinnenverwaltung im Zuge der Zulässigkeitsprüfung (juristische Argumentation, Synopse mit Bundesklimaschutzgesetz KSG): <https://drive.google.com/file/d/1xZqg3yRyzaPvBNoq7XRScWsFLHISi7B/view?usp=sharing>
- Link zu der repräsentativen Umfrage und zu den Zustimmungswerten zum Berliner BaumEntscheid (S. 12):
https://www.baumentscheid.de/_files/ugd/8c8e3b_d7e02db65d284363b5892a1973ac077b.pdf
und
<https://www.morgenpost.de/berlin/article409463466/umfrage-zum-baumentscheid-was-die-berliner-wollen.html>

Mehr über die Berliner Initiative BaumEntscheid:

Die Initiative BaumEntscheid wurde im August 2023 von [Génica Schäfer](#) (Ecosia) und dem Umweltexperten und NGO-Gründer [Heinrich Strößenreuther](#) gegründet. Heute arbeiten über 150 Ehrenamtliche und Fachleute mit. Der gemeinnützige BaumEntscheid e.V. übergab im Mai 2024 ihren ehrenamtlich erarbeiteten Gesetzesentwurf zur Klimaanpassung an den Senat. Das BäumePlus-Gesetz (Berliner Klimaanpassungsgesetz) plant 1 Million Straßenbäume, 1000



Miniparks, lokale Regenwassernutzung und 2 °C Kühlung in 170 Hitzevierteln – für mindestens 7,2 Mrd. Euro bis 2040. Im Nov. 2024 wurden innerhalb von sechs Wochen 33.044 Unterschriften gesammelt; der Entwurf ist mittlerweile geprüft und für zulässig erklärt. Spätestens zur AGH-Wahl am 20.09.2026 dürfte das Gesetz – für ein hitzesicheres und wetterfestes Berlin mit großer Mehrheit beschlossen werden. Gemäß Umfragen unterstützen 80 % der Wählenden das Anliegen. Bei 12-mal mehr Hitzetoten als Verkehrstoten und bis zu 90 % geschädigten Straßenbäumen ist der Handlungsdruck enorm: Ohne entsprechende Maßnahmen wird Berlin heißer, grauer und für viele gefährlicher, besonders für Ältere und Geringverdiener.

Über Génica Schäfgén: Génica Schäfgén war Vertrauensperson beim Klimaentscheid Berlin 2030, ist Vorständin von SEND e.V. sowie der Stiftung Verantwortungseigentum und Deutschland-Chefin von Ecosia mit Hauptsitz in Berlin. Ecosia hat über 200 Millionen Bäume weltweit gepflanzt und die Startphase des BaumEntscheids mit 100.000 Euro finanziert.

Über Heinrich Strößenreuther: Heinrich Strößenreuther ist mehrfacher Klima-NGO-Gründer, u.a. des Volksentscheids Fahrrad, das später zum Berliner Mobilitätsgesetz führte, von Changing Cities, GermanZero und KlimaUnion. Er hat mit seinen Gründungen die bundesweite Welle von über 50 RadEntscheiden und 80 KlimaEntscheiden ausgelöst. Der langjährige Umweltaktivist und Klimalobbyist ist Politikberater und Vorstand vom BaumEntscheid e.V..

Über Julia Pohl: Julia Pohl ist leidenschaftliche Projektmanagerin für mehr Klimaanpassung und Koordinatorin des Volksentscheids Baum und für die Unterschriftensammlungskampagne beim BaumEntscheid Berlin.